

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Nummer 2 Pf. — Wochensatz 10 Pf. — Vierteljahr 30 Pf. — Halbjahr 55 Pf. — Jahresabonnement 100 Pf. — Die Anzeigenpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen. — Die Anzeigen werden nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen. — Die Anzeigen werden nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen.



Angabe der Preise laut obliegendem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr 20 Pf. — Vorkaufspreise nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen. — Die Anzeigen werden nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißel, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 45 — 94. Jahrgang

Telegr.-Nr.: Tageblatt

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Freitag, den 22. Februar 1935

Politische Rückkoppler.

Die Pressechef des französischen Ministerpräsidenten und des französischen Außenministers haben wieder einmal schlechte Zeiten. Tagelang haben sich die Franzosen die Köpfe der Engländer darüber zerbrochen, was London nun eigentlich spielen wird: Geht der englische Außenminister, Sir John Simon, nach Berlin? Geht der Lord-Lieutenant nach Moskau? Und endlich: Was ist an den Gerüchten, nach denen der englische Außenminister den Wunsch der Russen nach einem Besuch in Moskau bisher noch nicht abgelehnt hat?

Seit Tagen, also seitdem die Herren Pressechef in den französischen Ministerien durch die Telefonanrufe der Pariser Blätter nervös gemacht werden, liegt die öffentliche Meinung Englands unter dem Trommelfeu der französischen Presse; teils freundlich zurend, teils mit kaum noch verhehltem Druckverleugern sich die Franzosen, den Engländern einzureden, daß, wenn schon durchaus eine deutsch-englische Aussprache erfolgen sollte, diese selbstverständlich nur nach einer nochmaligen sehr ausführlichen Besprechung zwischen Engländern und Franzosen in Paris möglich sei, und daß andererseits die gesamte, in dem Londoner Abkommen vom 3. Februar enthaltene Fragegruppe — als da sind Aufschub, Ostpat, Abkommen über den Donauraum u. a. m. — ebenso natürlich nur als ein unteilbares Ganzes in Zukunft be- und verhandelt werden darf. Die letzten Leitartikel der maßgeblichen Pariser Blätter aber stellen es schon so dar, als wenn die Freunde jenseits des Kanals über alle französischen Wünsche und Sorgen bereits im allein seligmachenden französischen Sinne entschieden hätten.

Dazu verzeichnet man in Paris mit etwas zu stark betonter Geringschätzung die Mitteilung Moskaus, daß eine teilweise Abklärung ebenso unmöglich sei wie eine völlige, und daß das System der regionalen, d. h. jeweils gewisse begrenzte Gebiete umfassende Siderverträge überhaupt das einzig Wahre sei. Also wäre für Paris auch in dieser überaus heißen Frage der Übereinstimmung mit dem höchst launischen großen Osten alles in Witter? Aber nein! Während der ganzen Dauer der englisch-französischen Verhandlungen in politischen Separat hat sich der noch gar nicht recht warm gewordene russische Freund in aller Form auf Eis gelegt gefühlt. Moskau sah sich das Londoner Teie-a-teie bis jetzt an, ohne etwas anderes als Zeichen einiger Verschwiegenheit zu zeigen. Jetzt hat Moskau kurzerhand mit der Faust gegen die Tür des Separat gedonnert und die oben erwähnte Erklärung abgegeben — und das geht nun wieder der auslasteten Pariser Diplomatie zu weit; denn mit dieser Erklärung schaltet sich Rußland in ebenso nachdrücklicher wie für Paris unerwünschter Form in den ganzen Verhandlungsverleugern ein. Schon erheben sich sehr ernst zu nehmende politische Kreise in Paris war nend den Finger und machen darauf aufmerksam, daß Frankreich auf dem besten Wege ist, sich mit Rußland so stark zu engagieren, daß der Russe diesen französischen Wechsel früher oder später bei einer höchst unangenehmen Gelegenheit zu Protest geben lassen könnte.

Die Moskauer Stellungnahme zu den weiteren Verhandlungen trägt auch insofern ein neues, ernstes Moment hinein, als darin ein ganz unverhüllter, ja geradezu anmaßender Druckversuch gegen die Deutschen enthalten ist, wenn es in der Moskauer Erklärung heißt: daß angeblich 70 Prozent der europäischen Bevölkerung das Sicherheitspatentsystem wünschten, — und zwischen den Zeilen kann man lesen, daß man insofern auf Deutschland wenig Rücksicht zu nehmen brauche. Abgesehen davon, daß die sowjetrussische Regierung bei jener Behauptung selbst diejenigen Staaten einbezieht, die sich zu der Frage der Sicherheitspatente noch mit keinem Wort geäußert haben, entbehrt sich durch die Moskauer Offenbarung einer schönen Seele das, was Frankreich bisher in seiner Bündnispolitik mit Rußland der Welt ängstlich zu verheimlichen bemüht war, nämlich das Ziel der Einkreisung Deutschlands.

Unterdessen kann Deutschland diesem Treiben der westlichen Diplomatie und ihrer östlichen Fäsiorei gelassen zusehen. Es besteht nach wie vor Deutschlands wiederholt erklärte Verleugern sich zu vernünftigen Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der unbedingten Achtung der Souveränität Deutschlands. Es besteht ferner das deutsche Kommuniqué, jene Antwort auf die Londoner Vereinbarungen vom 3. Februar, mit der klar ausgesprochenen Einladung an England zu einer klaren Korunterhaltung beispielsweise über den Ostpat. Und es besteht schließlich für die westlichen Staaten die Notwendigkeit, sich zu den fünf Fragen zu äußern, in denen Deutschland vor dem Eintritt in allgemeine Verhandlungen einige notwendige Aufklärungen wünscht. Man wird sich in England sehr ernstlich überlegen müssen, ob man den deutschen Wunsch nach einer internen Besprechung mit einem bedürftigen Mitglied der Londoner Regierung ungebührlich auf die lange Bank schieben darf. Die französisch-englische Klambauer könnte es sonst ein zweites Mal erleben, daß

Neues deutsch-französisches Wirtschaftsabkommen.

In Paris wurde in Ergänzung und Erweiterung des am 14. Februar abgeschlossenen Vorabkommens für einen Zeitraum von vier Monaten ein neues Abkommen abgeschlossen, das in gewissem Umfang die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen zwischen dem Saarland und Frankreich entsprechend den Empfehlungen des Völkerbundes sichern soll. Industrielle Erzeugnisse des Saarlandes können im Rahmen besonderer Kontingente unter Zollermäßigung weiter nach Frankreich ausgeführt werden. Entsprechend dem Wert der Deutschland gewährten Zugeständnisse gestattet Deutschland die zollfreie Einfuhr einer Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse des französischen Grenzgebietes in das Saarland. Das Abkommen tritt am 27. Februar in Kraft.

Wie aus der saarländischen und elsass-lothringischen Presse bekannt geworden ist, hatte Deutschland zu Beginn der Verhandlungen sich zu einem größeren Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der lothringischen Landwirtschaft bereit erklärt. Wenn diese Angebote jetzt nicht voll verwirklicht worden sind, sondern zurückgelehnt werden mußten, so liegt das daran, daß die französischen Unterhändler nicht zu ausreichenden Gegenleistungen hinsichtlich der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen aus dem Saargebiet bereit waren.

Kreditemächtigung für den Reichsfinanzminister.

Der Führer entscheidet über den Kreditumfang.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen:

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, im Wege des Kredits Mittel zu beschaffen, deren Höhe der Führer und Reichskanzler auf Antrag des Reichsministers der Finanzen bestimmt.

Dazu wird mitgeteilt: Durch das Reichshaushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1934 sind dem Reichsminister der Finanzen zwei Kreditemächtigungen erteilt worden. Davon diente die eine dazu, den Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1933 zu finanzieren. Auf Grund der anderen Kreditemächtigung wurden die Mittel beschafft, die zur Einführung der 6 (7)-Prozent-Anleihe des Deutschen Reiches von 1929, soweit sie nicht in die 4-Prozent-Anleihe des Deutschen Reiches von 1934 umgetauscht ist, erforderlich waren. Diese Aufgaben sind erledigt. Inzwischen sind neue kreditpolitische Maßnahmen notwendig geworden. Die Reichsregierung hat in den beiden Jahren seit der Machtübernahme zur Behebung der Arbeitslosigkeit Maßnahmen ergriffen, die zunächst kurz- und mittelfristig finanziert werden sind. Es soll nunmehr eine Konsolidierung dieser Schulden erfolgen. Ferner werden Ausgaben, insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbau der deutschen Volkswirtschaft entstehen. Zur Finanzierung dieser Ausgaben, deren Höhe sich im voraus nicht voll übersehen läßt, bedarf es einer neuen Ermächtigung für den Reichsminister der Finanzen zur Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits.

Behrmachtbesuch des Führers in Frankfurt a. d. O.

Besichtigung der Truppen des Standortes.

Die alte Hauptstadt der Ostmark, Frankfurt a. d. O., sah nach längerer Pause den Führer und Reichskanzler, der in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Wehrmacht in Begleitung des Reichswehrministers Generalsoberst von Blomberg die Truppen des Standortes besichtigte.

Deutschland, das ewig ergebnislos hin und hers mude geworden, sich nicht mehr interessiert zeigt, wie es die Pariser Presse nach in diesen Tagen voll schmerzlicher Erinnerung an die Zustände anmerkte, die ihrer Meinung nach noch zur Zeit des bekannten MacDonald-Vorschlages vielleicht von Deutschland zu haben gewesen wären. Die englische Regierung, die in dankenswerter Weise die zur Zeit schwebenden Verhandlungen eingeleitet hat, wird sich der schweren Verantwortung bewusst sein müssen, die bei einem Scheitern dieser Verhandlungen durch eine französische Überwindung sowohl auf London als auch auf Paris lasten würde.

Die Stadt mit ihren alten schönen Häusern trug reichen Flaggenschmuck. Am Bahnhof grüßten von hohen, mit Tannengrün umwundenen Rasten die Fahnen des Dritten Reiches und die Farben der Stadt. Erinnerungen werden wach an frühere Besuche des Führers.

Als bekannt wurde, daß der Führer die Truppen des Standortes besichtigen würde, bedurfte es keines Aufrufes mehr. Als gegen 15.30 Uhr der Sonderzug in die Halle fuhr, waren die Straßen schwarmvoll Menschen.

Auf dem Bahnhofe hatten sich neben den Vertretern des Standortes die Vertreter der städtischen Behörden und der Partei eingefunden. Durch ein Spalier der SS begab sich der Führer auf den Bahnhofsvorplatz, auf dem eine Ehrenkompanie aus Lübben Aufstellung genommen hatte. Unter den Klängen des Deutschlandliedes schritt der Führer die Front ab.

Ein unvergleichliches Bild dann die Fahrt des Führers durch die Stadt.

Auf den Straßen zu den Kasernen, von denen die Reichs-Kriegsflagge wehte, bildeten SA, SS, Flieger, Arbeitsdienst und die Politischen Leiter Spalier. Zunächst galt der Besuch der Infanteriekaserne, auf deren Hof der Führer die Parade der Infanterieformationen Frankfurt und der Artillerieformationen Frankfurt abnahm. Dann besichtigte der Führer die Artilleriekaserne, in der er die Mannschaftsgebäude aufsuchte sowie die Stallungen und die Wirtschaftsräume in Augenschein nahm. Überall an den Fenstern drängten sich die Soldaten und jubelten dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht, ihrem Führer, zu.

Im Anschluß an die Besichtigung nahm dann der Führer im Standortoffiziersheim mit dem Offizierkorps des Standortes das Abendessen ein.

Den Abschluß des Besuchs der Standorttruppen in Frankfurt an der Oder durch den Führer bildete abends ein Zapfenstreich, zu dem die Musikkorps aus den umliegenden Standorten zugezogen worden waren. Das nächtliche Schauspiel hatte, wie beim Empfang des Führers am Nachmittag, so auch jetzt wieder Tausende von Menschen angelockt. Die Frankfurter Bevölkerung, die Bewegung in allen ihren Gliederungen und Formationen, bereiteten dem Führer unter dem nächtlichen Himmel einen begeisterten Abschied. Immer wieder brandete der Jubel auf, als Adolf Hitler auf den mit Scheinwerfern hell beleuchteten Ballon hinaustrat.

Trommelwirbel leiten den Zapfenstreich ein, und als dann die Klänge des Chorals ertönen, entblüht wie zu einem stillen Gelübnis die Menge das Haupt, Gelübnis und Dank zugleich an den Führer, der auch der Ostmark wieder die Hoffnung auf eine bessere Zukunft gegeben hat. Aus der Ferne erklingt gedämpft die Melodie der Artillerie. Nachdem die letzten Takte des Deutschlandliedes verklungen sind, bricht der Jubel von Neuem los, der sich fortgesetzt durch die Straßen, die der Führer auf dem Wege zum Bahnhof passiert. Als dann nach 11 Uhr der Zug die Halle verläßt, befehlen stürmische Jubelrufe, Lächer- und Güteschwenken den Führer.

Der Abrüstungsausschuß für allgemeine Bestimmungen vertagt sich.

Genf, 21. Februar. Der Ausschuss der Abrüstungskonferenz für allgemeine Bestimmungen hat am Donnerstag noch einmal getagt und auf Vorschlag des Präsidenten im Einklang mit dem Artikel des amerikanischen Vorschlages über die Errichtung eines ständigen Abrüstungsausschusses durchgesprochen und einige von ihnen angenommen. — Zum Schluß hielt der Vertreter Sowjetrußlands Boris Stein eine kurze Rede, in der er sagte, daß die ständige Abrüstungskommission nicht der Beginn, sondern die Krönung eines allgemeinen Abrüstungsabkommens sein müsse. Im übrigen habe Sowjetrußland die Umwandlung des Abrüstungsausschusses in einen ständigen Friedensauschuß deshalb vorgeschlagen, weil man an den Abschluß eines allgemeinen Abrüstungsabkommens erst herantreten könne, wenn es gelungen sei, den Frieden zu organisieren. Immerhin betrachte die Sowjetregierung die amerikanischen Vorschläge als wichtigsten Teil des künftigen Abrüstungsabkommens.

Auf Vorschlag des Präsidenten wurde dann beschlossen, den Ausschuss zu vertagen, bis hinreichende Ergebnisse des Ausschusses für Waffenherstellung und Waffenhandel vorliegen. Der Ausschuss hat also offenbar erkannt, daß er vorläufig in lustigeren Raum arbeitet, und daß es sich empfiehlt, wenigstens einen gewissen Fortschritt der übrigen Arbeiten abzuwarten, ehe man mit den eigenen Arbeiten fortfährt.